

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Kein Grund für Euphorie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1994) : Kein Grund für Euphorie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 5, pp. 218-219

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137119>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kein Grund für Euphorie



Hans-Jürgen Schmahl

Die Anzeichen des Frühlings in der Wirtschaft seien unübersehbar, so lautete die Schlagzeile einer Wirtschaftszeitung vor einigen Wochen. Seitdem sind sie noch sehr viel deutlicher geworden. Allmählich wird auch der breiten Öffentlichkeit bewußt, daß die Rezession Vergangenheit ist. Lange genug hat das gedauert. Der Tiefpunkt der Konjunktur lag schon im Frühjahr 1993, von einigen Konjunkturbeobachtern erkannt wurde das im Sommer des vergangenen Jahres, aber die Massenmedien vermittelten noch vor nicht allzu langer Zeit den Eindruck eines unaufhörlichen Rückgangs der Wirtschaft.

Auch jetzt noch gibt es neben zunehmend günstigen Nachrichten Negativmeldungen aus der Wirtschaft. Wie könnte es auch anders sein in einer Phase, in der die Konjunktur erst am Beginn einer Aufwärtsentwicklung steht? Nicht wenige Firmen geraten als Spätfolge der Rezession jetzt erst in eine existenzbedrohende Lage, und unter den Branchen gibt es wie immer Nachzügler der Konjunktur. Auch die Beschäftigung und ihre Kehrseite, die Arbeitslosigkeit, folgen der Tendenzwende in der Produktion mit Verzögerung. Nach den neuesten Prognosen wird es in Westdeutschland im Durchschnitt dieses Jahres etwa 400 000 Arbeitslose mehr als im vergangenen Jahr geben. Diese erschreckend hohe Zahl ist jedoch optisch überhöht durch den Vergleich im Jahresdurchschnitt. Im weiteren Verlauf dieses Jahres steigt die Arbeitslosigkeit „nur“ noch um 100 000 bis 150 000 Personen; der hohe Zuwachs im Jahresdurchschnitt erklärt sich hauptsächlich aus der Entwicklung im vergangenen Jahr.

So erfreulich die neue Tendenz der Konjunktur in Westdeutschland ist – für euphorische Erwartungen gibt es zumindest vorerst keinen Grund. Manche mögen es für ein Wunder halten, daß sich die Konjunktur trotz der gravierenden Hemmnisse hoher Arbeitskosten, drückender Abgabenbelastung und kompakter Regulierungen zu erholen beginnt. Ein neues Wirtschaftswunder, wie es der Bundesfinanzminister als möglich ansieht, ist jedoch nicht in Sicht. Das würde sich nur ergeben, wenn die Akteure der Wirtschafts-, Finanz- und Lohnpolitik ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Vernunft an den Tag legen würden, und zwar nicht nur kurzfristig unter dem Druck der schwierigen Situation, sondern auch dann, wenn der Druck wieder ein wenig nachläßt. Ob man darauf zählen darf, ist fraglich. Allzu große Begeisterung für die neue Aufwärtstendenz leistet jedenfalls der Einstellung Vorschub, nun werde alles von selbst wieder in Ordnung kommen, ganz gleich, was man auf den Feldern der wirtschaftsrelevanten Politik tut oder unterläßt.

Anlaß zu den größten Sorgen gibt die Finanzpolitik. Das Finanzierungsdefizit des Staates wird nach der gemeinsamen Schätzung der großen Wirtschaftsforschungsinstitute in diesem Jahr trotz Erhöhung der Mineralölsteuer und der Beiträge zur Rentenversicherung und trotz deutlich stärkeren Wachstums der „Bemessungsgrundlage“, des nominalen Bruttoinlandsprodukts, ebenso hoch sein wie 1993. Je nach Wahl des Maßkonzeptes sind es 100 Mrd. (Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) bis 200 Mrd. DM

(Gebietskörperschaften plus Treuhandanstalt in der Abgrenzung der Finanzstatistik). Die damit verbundene Belastung des Kapitalmarktes liegt näher am oberen als am unteren Rand dieser Spanne.

Weiterhin herrscht Einigkeit darüber, daß das Defizit kleiner werden muß. Jedem leuchtet ein, daß die ständig größer werdende Staatsschuld die öffentlichen Haushalte mit erdrückenden Zinszahlungen belastet. Viele sehen auch, daß damit das Vertrauen gerade der ausländischen Kapitalanleger gefährdet werden könnte, so daß sie nur zu erhöhten Zinsen bereit wären, ihr Kapital in Deutschland anzulegen. Deshalb wird es übrigens wichtig sein, die sprunghafte Zunahme der Staatsverschuldung, die Anfang 1995 mit der Übernahme der Schulden von Treuhandanstalt und Kreditabwicklungsfonds eintritt, der Öffentlichkeit als bloßen Umbuchungsvorgang zu erklären. Denn um nichts anderes handelt es sich. Die Schulden werden dann auch formal dem Staat angelastet; faktisch waren sie das bisher schon.

Begrenzung der Zinslast und Wahrung des Anlegervertrauens sind zwar wichtige Ziele; letztlich geht es aber vor allem um die Erhaltung und Stärkung der Wachstumskräfte der Volkswirtschaft. Daher kommt es entscheidend darauf an, auf welchem Wege das Staatsdefizit verringert wird. Erhöhte Abgaben schwächen die Wachstumskräfte; man würde an der „Bemessungsgrundlage“, dem Sozialprodukt, einen Teil dessen verlieren, was man durch die höheren „Hebesätze“ gewinnt. Im Ergebnis wären Einkommen und Beschäftigung niedriger, das Staatsdefizit höher als bei einer Konsolidierung über die Ausgaben-seite. Abgabenquote und Staats(ausgaben)quote sind seit der Wiedervereinigung erheblich gestiegen. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt erreicht 1994 mit fast 52% einen neuen Höchststand; noch 1988 hatte er 47% betragen. Die Zunahme hätte trotz der Wiedervereinigung erheblich kleiner sein können, wenn die Staatsausgaben in Westdeutschland der neuen Situation entsprechend bescheidener ausgeweitet worden wären. Statt dessen verhielten sich vor allem Länder und Gemeinden im alten Bundesgebiet, als gäbe es die Lasten der Wiedervereinigung nicht.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen wird nur bei äußerster Ausgabendisziplin möglich sein. Die Zunahme der Ausgaben muß insgesamt unter der Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts bleiben. Das wird auch bei wieder steigender Konjunktur unpopuläre Entscheidungen erfordern. Die Gefahr ist allerdings groß, daß an den falschen Stellen gespart wird. Falsche Stellen im Hinblick auf das Ziel Stärkung der Wachstumskräfte sind Infrastrukturinvestitionen, die den Namen verdienen, also nicht z.B. die Verschönerung von Radfahrwegen durch Pflasterung mit roten Klinkern. Ebenso falsch wäre es, an den Ausgaben für Bildung (das gilt für alle Stufen) und für Forschung und Entwicklung zu sparen, denn damit wird das wirtschaftliche Wachstum auf mittlere und längere Sicht beeinträchtigt. Unter den fast 1 700 Mrd. DM, die der Staat in diesem Jahr ausgibt, sind zweifellos etliche, die man ohne Schaden für die wirtschaftliche Entwicklung einsparen könnte. Im Gegenteil, der damit erzielbare Konsolidierungsbeitrag würde die Entwicklungsperspektiven verbessern.

Anders als die Finanzpolitik ist die Lohnpolitik auf dem richtigen Wege. Die Lohnabschlüsse dieses Jahres tragen der – nicht nur konjunkturell schlechten – Beschäftigungssituation Rechnung. Bemerkenswert sind die Ansätze zu mehr Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeit und zur Öffnung von Tarifverträgen. Nicht weniger beachtlich ist die nun erreichte Anerkennung der Tatsache, daß Arbeitszeitverkürzung nur dann Beschäftigungssicherung verspricht, wenn sie ohne Lohnausgleich vorgenommen wird. Das alles kann der Durchbruch zu einer neuen Ära der Tarifpolitik sein. Ziel ist nicht, die Arbeitnehmer auf längere Zeit von der Teilhabe an den Erträgen wirtschaftlichen Wachstums auszuschließen, sondern einen Teil dieser Erträge in mehr Beschäftigung statt in mehr Einkommen der Beschäftigten umzusetzen. Die Erfolge eines solchen Kurses waren in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ermutigend. Wiederholen kann man sie nur, wenn die Umorientierung der Lohnpolitik nicht nur eine kurze Episode ist und die übrigen Politikbereiche ebenfalls ihren Beitrag leisten.